



22. August 2019

Eine Demokratie braucht nicht in erster Linie gleiche Werte, sondern gesicherte Informationen.

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich der Konferenz "Cadenabbia-Netzwerk – Grenzüberschreitender Sicherheitsdialog"

Geschätzte Damen und Herren

Haben Sie mich gegoogelt? Das könnte ja immerhin sein, schliesslich nimmt uns jeweils doch ein wenig Wunder, wen wir da eigentlich vor uns haben. Diese Zürcher Politikerin mit Namen Fehr: Was macht die eigentlich? Womit hat sie zuletzt Schlagzeilen gemacht? Und stimmen bei ihr Sein und Schein überein?

Ich stelle Ihnen diese Frage nicht, weil ich mich für so wichtig halte, dass Sie mich googeln müssten. Es geht mir vielmehr um die Tatsache, dass Sie es tun könnten. Und dabei Dinge über mich lesen, die ich Ihnen ungefragt nicht unter die Nase reiben würde. Ich könnte natürlich umgekehrt auch einzelne von Ihnen googeln und mir ansehen, was die virtuellen Wissensseiten über Sie ausspucken.

Was wir von dieser Möglichkeit halten? – Eine Frage der Sichtweise. Leben wir in der Zeit des Terrors der Transparenz? Oder ist es ein neues Informationszeitalter voller neuer Chancen?

Beides ist richtig.

Gestartet in die schöne neue Welt der Informationstechnologie sind wir mit dem Gefühl der Selbstbestimmung – "Toll, ich erfahre Dinge, und ich teile meine Informationen mit meinen Freunden!" Das ist die eine Seite der Medaille. Angekommen sind wir unterdessen aber auch am Punkt, an dem wir alle nicht mehr so genau wissen, was alles wo über uns gespeichert ist.

Sprich: Wir haben die Kontrolle verloren.

Der Netztheoretiker Michael Seemann schreibt dazu: "Daten, von denen wir nicht wussten, dass es sie gibt, finden Wege, die nicht vorgesehen waren und offenbaren Dinge, auf die wir nie gekommen wären." Und es ist nicht wenig, was wir alle von uns täglich preisgeben. Auf Whatsapp werden pro Tag rund 1,6 Milliarden Bilder hochgeladen. Nicht jedes wird später wieder Freude auslösen.

À propos verlorene Kontrolle: Im schrecklichen Sommer 16, konkret nach dem Terroranschlag von Nizza, habe ich die Push-Nachrichten auf meinem Smartphone ausgeschaltet. Und seither nicht wieder eingeschaltet. Ich habe realisiert, dass mir dieser Alarmismus mit den Push-Nachrichten nicht guttut, resp. meine Wahrnehmung der Welt stark beeinflusst.



Es kommt eben darauf an, ob ich zwischen Fussball-WM-Auslosung, Unfällen, Wirtschaftsskandalen und nichtigen Aufregern aus der Glamourwelt hin und her gejagt werde. Oder ob ich auch das noch wahrnehme, das nicht pushy ist.

Und siehe da: Mit diesem einfachen Wisch habe ich ein kleines Stück Kontrolle zurückgewonnen.

Sehr geehrte Damen und Herren:

Ich bin Politikerin, keine Expertein für Cybersicherheit, Strafrecht oder digitale Algorithmen. Sie möchten von mir heute eine Aussensicht hören auf die Herausforderungen, die sich uns in einer globalisierten digitalen Welt, in digitalisierten Rechtsstaaten stellen. Ich werde Ihnen also hier gern kurz aus dem digitalen Leben einer Politikerin erzählen, und davon, wie sie mit den Chancen und Gefahren der digitalen Welt umgeht.

Ich möchte Ihnen kurz drei Beispiele darlegen, in denen sich die digitale und meine Welt begegnen und was ich daraus gelernt habe.

Erstens: Ich bin eine bekennende Nutzerin von Social Media. Ich bin das seit vielen Jahren. Postete und twitterte schon in meiner Zeit als Mitglied des Parlaments und meine dezidiert, dass Politikerinnen und Politiker genau das tun sollen. Ich will rasch und klar politische Meinungen zu politischen Themen äussern. Immer im Bewusstsein um die Chancen und Gefahren dieses Handwerks.

In der Regel, das sage ich hier ganz kühn, läuft es auch ganz gut. Ich kann mich mit wenig Aufwand und durchaus mit guter Resonanz in Debatten einbringen und diese mitprägen.

Aber manchmal geht es schief.

Im Sommer 2017 warf ein marokkanischer Blogger in einem Zeitungsinterview der Linken in der Schweiz Blindheit im Umgang mit dem politischen Islam vor. Ich fühlte mich herausgefordert und frotzelte auf Facebook, ob es heute schon reiche, als Muslim gegen den Islam zu sein, um als Experte zu gelten. Mein Pech: Der Blogger ist Atheist, nicht Muslim. Dieser Fehler schwächte meine Position natürlich stark, eine Wochenzeitung schrieb, ich "teilte auf Facebook aus wie ein Teenager, der erste Erfahrungen in den sozialen Medien sammelt". Da nützte auch meine rasche Entschuldigung nichts mehr.

Fazit: Soziale Medien sind toll. Ich erreiche einfach und schnell viele Leute, die ich über die klassischen Kanäle einer Regierungskommunikation nie erreichen würde. Und es macht Spass, sich auf diesem schnellen Marktplatz der Meinungen zu tummeln.

Aber: Social Media sind gleichzeitig verführerisch und damit gefährlich, gerade weil sie schnell sind und man Impulsen folgt. Die Versuchung ist gross, das Verifizieren und Abwägen dem Drinbleiben in der Diskussion zu opfern.

Zweites Beispiel: Ich bin als Justizdirektorin des Kantons Zürich auch für die Jugendanwaltschaften zuständig. Und da macht mir ein Thema wachsende Sorge; und zwar das Cybermobbing unter Heranwachsenden.

Die Fallzahlen dieser Belästigungen und Nötigungen im digitalen Raum sind gross. 7 von 10 Jugendlichen geben in Umfragen an, selber schon Opfer von Cybermobbing geworden zu sein. 2017 hat sich im Kanton Zürich eine junge Frau das Leben genom-



men. Es wird nie abschliessend zu klären sein, welche Rolle dabei das Cybermobbing, dem sie ausgesetzt war, spielte. Klar ist aber, dass sie darunter stark gelitten hat.

Die Digitalisierung beeinflusst das Leben unserer Jugendlichen fundamental. Es ist ihre Realität. Eine analoge Jugend zu führen ist weder möglich noch das Ziel.

Wie jede Realität hat auch diese Sonnen- und Schattenseiten. Ich beginne aber auch hier mit dem Positiven:

Social Media ermöglichen den Zugang zu Wissen, das in meiner Jugend schlicht nicht greifbar war. Online-Communities bieten im guten Fall eine wunderbare Unterstützung, nötigenfalls auch zeitnah und die Jugendlichen können dermassen viele Lebensentwürfe kennenlernen, dass sie genügend Nahrung bekommen, eine eigene Identität aufzubauen. Das ist ein Fortschritt. Ganz anders als in früheren, engen Gemeinschaften, in denen Andersartigkeit oft in Ausgrenzung endete.

Aber: Die Wirkung der Sozialen Medien ist fundamental:

- Die Angst, etwas zu verpassen, bringt Jugendliche um den Schlaf.
- Sie kommen auch in den Ferien nicht voneinander los und haben keine Möglichkeit mehr, einander auch etwas aus den Augen zu verlieren. Um vielleicht dann wieder neu anzufangen.
- Das ständige Betrachten schöner Menschen auf Bildportalen verändert Schönheitsideale. Wenn Influencer mit künstlich verschönerter Haut, vergrösserten Augen und noch weisseren Zähnen daherkommen, entwickeln verletzte Jugendliche völlig unnatürliche Bedürfnisse.
- Soziale Medien sind ein härteres Suchtmittel als Tabak und Alkohol. Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Psyche der Menschen.

Fazit hier: Soziale Medien und der enge unkomplizierte Kontakt zu einander, können die eigene Identität stärken. Man muss nicht dort dabei sein, wo man hineingeboren wurde, sondern kann dort mittun, wo man sich dazugehörig fühlt.

Belastend sind aber die ununterbrochene Präsenz der Peergroup und die fehlende Distanz, die man einnehmen kann. Und problematisch ist sicher die stark eskalierende Kraft, die soziale Medien haben. Aus einer Mücke wird da schon rasch mal ein ziemlich grosser Elefant.

Ich komme zum letzten Beispiel: dem E-Voting.

Volksabstimmungen sind in der Schweiz wichtig. Rund die Hälfte aller durchgeführten Volksabstimmungen, die in einem Jahr auf der Welt stattfinden, gehen in der Schweiz über die Bühne. Entsprechend naheliegend wäre es, dieses sehr bedeutsame Mittel der politischen Partizipation mit der Digitalisierung zusammenzubringen und so für eine neue Effizienz und Einfachheit zu sorgen.

Das ist der theoretische Ansatz. Praktisch ist es schwierig.

Beginnen wir wieder mit den positiven Aspekten. Digitales Abstimmen und Wählen öffnet auch jenen Menschen den Zugang zur demokratischen Mitbestimmung, die ihn heute nicht oder nicht autonom haben. Menschen mit Einschränkungen beispielsweise



oder junge Menschen ohne Kenntnisse über analoge Prozesse (Junge wissen mehrheitlich kaum mehr, wie man Briefe schickt).

Bryan Ford von der ETH Zürich – er forscht und lehrt zum Thema digitale Sicherheit – ist gar überzeugt, dass die Entwicklung von E-Voting die Sicherheit im Internet grundsätzlich erhöht.

Doch auch diese Medaille hat ihre Kehrseite. IT-Experten und Hacker sind überzeugt, dass ein E-Voting-System nie sicher sein wird. Damit sei das Risiko für die Glaubwürdigkeit der demokratischen Prozesse zu hoch.

Fazit dieses dritten Beispiels: Auch die Digitalisierung von hoheitlichen Verwaltungsprozessen birgt Chancen und Risiken. Während die einen von einer Stärkung der Demokratie über die Einführung von E-Voting überzeugt sind, wird für die skeptischen Stimmen damit eine rote Linie überschritten.

Geschätzte Anwesende,

dies die drei Beispiele aus meiner persönlichen Erfahrungswelt. Sie führen uns beispielhaft zu tiefgreifenden Grundsatzfragen:

- Was macht die Digitalisierung mit dem Menschen? Was mit der Gesellschaft? Was macht sie mit Staaten?
- Was bedeutet Sicherheit im digitalen Zeitalter, in einer vernetzten Welt, in einer Welt voller Abhängigkeiten?
- Welche Rolle kommt der Politik zu? Soll sie regulieren? Verbieten? Mit den Schultern zucken?

Die Digitalisierung ist im Grundsatz ein Segen. Unser heutiger normaler Alltag wäre ohne sie nicht möglich. Aber sie birgt auch viele Risiken.

Und weil sie in vielen Bereichen wie ein Vergrößerungsglas wirkt, steigert sie die Effekte auf beiden Seiten der Skala – auf der positiven wie auch auf der negativen. Was es immer schon gab, nimmt durch die Digitalisierung an Schärfe, an Heftigkeit, an Tempo, an Wucht, an Gefährlichkeit, an Komfort usw. zu.

Und damit kommen wir zur wohl wichtigsten Herausforderung für freiheitliche Staaten im digitalen Zeitalter: Es ist dies die Unterscheidung zwischen Fakten und Fake News, sprich gesicherten Informationen.

Beim Informieren wurde schon immer getrickst. Propaganda und Desinformation gehören seit Menschengedenken zum Instrumentarium der Kommunikation. Aber, wenn wir noch einmal zurückdenken an die Sicherheit von E-Voting: Viel entscheidender als die Wahl der richtigen Wahlmaschine ist es doch, dass sich eine demokratische Gemeinschaft zumindest in den Grundzügen darauf einigen kann, was wahr ist und was falsch.

Ich behaupte: Eine Demokratie braucht nicht in erster Linie gleiche Werte, sondern gesicherte Informationen.



Und genau hier zeigt sich der Effekt des Vergrößerungsglases deutlich: Was immer schon war, tritt durch die Digitalisierung – hier der Medien – in einer ganz anderen Dimension auf.

Die Verlockung, Informationen über die Kanäle der sozialen Medien rasch, zeitgleich und grenzüberschreitend zu verbreiten, führt in vielen Fällen dazu, dass der Wahrheitsgehalt einer Information nicht mehr überprüft wird.

Geschwindigkeit ist wichtiger als Genauigkeit.

Emotionale Erregung ist wichtiger als Faktizität.

Aufregung ist wichtiger als Aufklärung.

Ich bin überzeugt: Nicht die Sicherheit der technischen Prozesse sind für freiheitliche Staaten die zentrale Herausforderung. Viel wichtiger ist das Thema Fake News, sprich die Frage nach einer gemeinsamen Informationsgrundlage.

Die Entwicklung ist hier schon weit fortgeschritten, der Zug in eine Welt ohne gesicherte Informationen fährt bereits mit beachtlichem Tempo.

Wir alle kennen die Beispiele dieser Trollfabriken; diejenigen aus Russland fallen uns dabei als erstes ein. Es gibt aber auch schweizerische Quellen für Fake News: Eine Seite namens "Schweizer Morgenpost" – dahinter steckt eine Einzelperson aus dem Kanton Appenzell – verbreitet mittels Falschnachrichten Fremdenhass, Merkel-Bashing und internationale Verschwörungstheorien. Fleissig geteilt werden diese Post von, ja genau, der AfD zum Beispiel.

Verschwörungstheorien, sehr geehrte Damen und Herren, sind nicht mehr die Sache von ein paar isolierten verschrobenen Personen. Nein, sie werden heute zu Tausenden geteilt. Damit gewinnen sie nicht nur an Reichweite, sondern auch an Relevanz. "Ah, da denken ja ganz viele so wie ich! Ich habe es ja immer schon gewusst, dass ich mit meinen Gedanken nicht alleine bin."

Und die Tücke dabei: Die Verbreitung der Fake News ist ungleich einfacher als deren Korrektur. Selbst wenn sie enttarnt sind, halten sie sich beharrlich im Netz und tauchen immer wieder auf.

Abwehrmassnahmen sind schwierig; insbesondere juristische. Gesetze greifen primär national, was uns wenig nützt gegen global arbeitende Trollfabriken.

Und die Absender solcher Falschnachrichten erfahren ihre Macht, wenn sie beobachten können, wie ihre frei erfundenen Geschichten beinahe zu Staatskrisen führen und sie damit Schlagzeilen setzen können.

Und bei den Schlagzeilen bleibt es nicht: Die sozialen Medien haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass Fake News einen zunehmenden Einfluss auf die Politik gewinnen und heute bereits den Ausgang von Wahlen massgeblich beeinflussen können.

Ich nenne nur das Stichwort "Pizzagate": Soziale Medien machen es möglich, dass plötzlich Millionen von Menschen glaubten, Hillary Clinton sei Teil eines Kinderpornographie-Ringes.



Warum sind Fake News insbesondere für demokratische Rechtsstaaten so gefährlich?

Nun, die Antwort kennen wir alle: Demokratien müssen Probleme benennen, diskutieren und Wege zu deren Lösung finden. Dazu braucht es allgemein anerkannte Fakten. Gibt es die nicht mehr, bricht der Boden für den demokratischen Ideen- und Meinungswettstreit weg.

Das Problem ist erkannt, und bereits versuchen einzelne Länder, das Verbreiten von Fake News per Gesetz zu verbieten.

Das ist lobenswert, aber nur schwer zu verwirklichen. Stellen wir uns vor, vor jeder Volksabstimmung müssen Gerichte entscheiden, welche Argumente in einer Diskussion gerade noch zulässig sind und welche nicht.

Gleichwohl, auch gegen Fake News ist Kraut gewachsen. Analoges und digitales:

- So haben sich beispielsweise in Deutschland Facebook und die Nachrichtenagentur dpa auf eine Zusammenarbeit verständigt. Wenn auf Facebook Informationen aufscheinen, die den Informationen im Datenarchiv der dpa widersprechen, dann meldet das die dpa Facebook. Im Idealfall führt das zu einer Korrektur der Falschmeldung.
- Auch die Schulen spielen im Kampf gegen Fake News eine wichtige Rolle. Sie sind wesentlich dafür verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche lernen, wie Informationen beschafft, überprüft, bewertet und eingeordnet werden können. "Medienkompetenz und Medienmündigkeit werden zur Existenzfrage der Demokratie". Das sagt wohl zur Recht der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen.
- Wichtig im Kampf gegen Fake News sind auch die etablierten Medien. Wir sind da in der Schweiz und Deutschland ja noch in einer guten Lage. Solange Medien die aufpoppenden Informationen kritisch einordnen, ist nicht alles verloren. Aber auch hier sehen wir die düsteren Wolken am Horizont. Der Anspruch, unbestechlich gegen die Verbreitung von Fake News anzutreten, trifft unsere Medien in einem Moment, in dem sie politisch und wirtschaftlich sehr unter Druck sind. Die öffentlichen Anbieter – SRG, ORF, BBC, ARD/ZDF – werden von rechts scharf angegriffen, und die privaten Medien kämpfen ums wirtschaftliche Überleben.

Alles schön und gut.

Doch wenn wir den Kampf gegen Fake News wirklich gewinnen wollen, dürfen wir keine Scheu haben, die zentrale Frage zu stellen: Wer profitiert denn eigentlich von Falschinformationen? Wer hat an ein Interesse daran, dass die Bevölkerung verunsichert ist?

Ich lade Sie an dieser Stelle ein, diese Frage für sich selber zu beantworten. Ich kann Ihnen hier nur so viel sagen: Ich bin überzeugt, dass wir gut daran tun, mit allen erdenklichen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Fliehkräfte innerhalb der Gesellschaft nicht stärker werden.



Ich meine damit explizit auch Einkommensunterschiede. Ich meine das aber auch in Bezug auf die Frage der Zugehörigkeit, resp. der Angst, vergessen zu gehen, keine Rolle mehr zu spielen, abgehängt zu werden.

Solange sich die Lebensweisen der Menschen in einem Land noch einigermaßen gleichen und sich alle als Teil der Gesellschaft wahrnehmen, werden sie sich auch auf die Grundsätze von richtig und falsch einigen können.

Ich komme zum Schluss – Und habe noch gar nichts über China und die neuen schauderhaften Methoden des "Big Brother ist watching you" gesagt.

Ich habe auch noch nichts über die Bedeutung der Sozialen Medien für die Revolutionen des Arabischen Frühlings gesagt, oder für die Kommunikation der Millionen von Geflüchteten auf der ganzen Welt.

Geschätzte Anwesende,

Ich schliesse mit einigen Fragen. Denn diese richtig zu stellen, scheint mir gegenwärtig wichtiger als rasche Antworten zu liefern. Es sind, wie ich meine, wichtige und grundsätzliche Fragen. Fragen, die wir als Gesellschaft, als Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen Rechtsstaaten dringend diskutieren müssen.

Ich lade Sie deshalb dazu ein, sich anschliessend zu diesen Fragen Gedanken zu machen:

Was passiert mit einem demokratischen Rechtsstaat, wenn

- er nicht mehr auf gesicherten Informationen fusst?
- Information und Kommunikation (und Quellen) nicht/kaum mehr überprüfbar sind?
- Wenn sich unsere Wahrnehmung der Welt so verändert, dass die Einordnung kaum mehr möglich ist?
- Wenn wir nicht mehr wissen, was relevant, was skandalträchtig ist?

Meine Damen und Herren: Eine Demokratie braucht nicht in erster Linie gleiche Werte, sondern gesicherte Informationen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit – und seien Sie vorsichtig beim Twittern!